

die auf seiner Grundlage gefaßten Beschlüsse der Stadtbezirksversammlungen sind beileibe nicht nur Sache der Abteilungen Wohnungspolitik/Wohnungswirtschaft der Räte der Stadtbezirke. Sie betreffen ebenso die Bauämter, Berufsberatung und Berufsausbildung, die Kaderabteilungen usw. Die Kontrolle nur auf die Genossen der APO Wohnungspolitik/Wohnungswirtschaft zu beschränken hieße, die Komplexität dieser Beschlüsse zu ignorieren, Genossen ungerechtfertigt aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Dem widerspricht nicht, daß die Parteiorganisation beim Rat des Stadtbezirks Berlin-Friedrichshain Ursachen mangelnden Zusammenwirkens der Genossen der Abteilung Wohnungspolitik mit den Wohnungsverwaltern der KVV besonders unter die Lupe nahm. Heute nehmen regelmäßig leitende Kader dieser Abteilung am „Tag des Wohnungswirtschaftlers“ der KVV teil. Die für Wohnraumlentung Verantwortlichen kommen zu Arbeitsberatungen mit den Wohnungswirtschaftlern der KVV zusammen, erörtern gemeinsam Wege, um frei werdenden Wohnraum schneller wieder zu vergeben.

Die besten Erfahrungen verallgemeinern

4. Die Auseinandersetzung mit Mängeln bei der Durchführung der Beschlüsse ist ebenso Inhalt des Kontrollrechts wie das Verallgemeinern fortgeschrittener Erfahrungen. Um über den eigenen Beitrag an der Verwirklichung der Beschlüsse Rechenschaft geben zu können, sind Verantwortungsbewußtsein und eine eindeutige Haltung zu den Parteibeschlüssen unabdingbar. Es ist leicht, darüber zu reden, was andere getan haben oder hätten tun müssen. Das Kontrollrecht zwingt dazu, seine eigene Position darzulegen, vor der eigenen Tür zu kehren.

Die Leitung der Grundorganisation beim Rat des Stadtbezirks Berlin-Lichtenberg kontrollierte in der APO Volksbildung, als Zweifel auftauchten, ob die Rekonstruktion einer Oberschule termingemäß abzuschließen sei. Überwunden wurden Vorbehalte, Erscheinungen des Zurückweichens.

Sich mit Mängeln auseinanderzusetzen ist die eine, fortgeschrittene Erfahrungen rasch zu verallgemeinern die andere, nicht minder wichtige Seite. Wenn das 11. Plenum auf die massenhafte Anwendung der Erfahrungen der Besten orientiert, so unterstreicht das gerade diese Seite der Parteikontrolle. Beispiele dafür sind noch gering. Die Genossen der Parteigruppe Handel und Versorgung im Rat des Stadtbezirks Berlin-Lichtenberg taten gut daran, Erkenntnisse aus der Versorgung in sechs Wohngebieten und der Mitarbeit ehrenamtlicher Versorgungskommissionen allen Genossen zu vermitteln; denn sie enthielten wert-

volle Ratschläge für die Entwicklung des Handelsnetzes in Altbaugebieten, wiesen konkrete Lösungswege. Hier liegen große Reserven. Sie werden erschlossen, wenn die Parteileitungen dafür sorgen, daß eine aufgeschlossene Atmosphäre bis in jede Parteigruppe besteht.

5. Es geht nicht allein um das Feststellen von Tatsachen und Fakten. Kontrolle ist mehr als Überprüfung, Kontrolle ist Hilfe, Anleitung zum Handeln; sie ist Information, Ursachenforschung; sie enthält Schlußfolgerungen zum Verändern.

Es genügt eben nicht, die Eingabenarbeit schlechthin unter Parteikontrolle zu nehmen. Verändert wird, wenn — wie das die Grundorganisation beim Rat des Stadtbezirks Berlin-Prenzlauer Berg praktiziert — aus Eingaben Schwerpunkte abgeleitet, Lösungswege gewiesen, Leitungsentscheidungen getroffen werden. Natürlich ist dabei von den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten auszugehen. Wie sie genutzt werden, wie die gesellschaftlichen Kräfte im Wohnbezirk mitwirken, das wird maßgeblich von der Aktivität, vom Ideenreichtum und der Verbundenheit der Kommunisten im Staatsapparat mit den Bürgern beeinflußt. Das gilt nicht minder dafür, ob den Abgeordneten „Eingabenanalysen“ mit umfangreichen Zahlen und Fakten oder Problemanalysen mit Hinweisen auf mögliche Veränderungen vorgelegt werden. Nicht das beschriebene Papier ist entscheidend, sondern das im Sinne der Hauptaufgabe erreichte Ergebnis.

6. Kontrolle ist immer auch eine Frage der Wahrung der sozialistischen Gesetzlichkeit und der Rechte der Bürger. Eingabenanalysen sind Widerspiegelung des Vorbilds der Genossen. Es geht um das Verhalten gegenüber dem Bürger, vor allem in Bereichen wie Wohnungspolitik, Gesundheits- und Sozialwesen, die täglich unmittelbar Kontakt zur Bevölkerung haben. Nirgends dürfen Gesetze verletzt, leere Worte oder ein Hinhalten toleriert werden. Die politisch-ideologischen Ursachen hierfür aufzudecken, das gilt für Leiter und Mitarbeiter gleichermaßen, ohne Ansehen der Person. Andererseits ist es notwendig, daß die Parteileitungen Genossen unterstützen, die an Sprechtagen viele Besucher haben, wie im Wohnungswesen. Diese Genossen müssen nicht nur beraten, sondern manchmal auch entscheiden und den Bürgern erklären, warum ihr Anliegen heute noch nicht lösbar ist. Das erfordert Feingefühl und einen klaren Standpunkt.

7. Das Kontrollrecht richtig anzuwenden heißt auch, Parteaufträge zu erteilen und abzurechnen. Die Mehrzahl der Genossen in den örtlichen staatlichen Organen hat Parteaufträge, ob zur Lösung volkswirtschaftlicher Aufgaben, zum innerparteilichen Leben, zum politischen Wirken